

und ... miteinander und ...

— Unfall. Bei dem Zusammenstoß zweier ...

— Vom Kommando der Feind-Feuerwehr wird uns ...

Todesfälle von 1780—1800.

Als dem dritten und vierten Kirchenbuche ...

— Halle. Die gestern stattgefundenen ...

— Halle. Bei einer in der letzten ...

— Die ...

— Halle. Die gestern stattgefundenen ...

— Halle. Bei einer in der letzten ...

hat sich die allgemeine ...

— Halle. Die gestern stattgefundenen ...

— Halle. Bei einer in der letzten ...

Tausendfältig Unglück.

und dann nach einer ...

— Ich habe mich in ...

zuletzt ausgesagt, und nach der ...

— Wie sie erzählte, hatte der Oberst ...

Tage in seiner ...

— Sie bestanden das ...



Wöchentliches Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpusseite 2.—M., Kleinanzeige 4 50 RT.

Vergeltungsmaßnahme in der Reichsliste dieses Blattes, Zeitpreis 10. 50 RT (speziell vorzuzug) 9 RT. Gekügere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Redaktions-Adresse: Am unteren Ende des Hauptplatzes 14. — M.
von unterer Seite des Hauptplatzes 15, 00 RT
Einzelnummer 120 RT

Bestellbedingungen und monatliche Beiträge werden an der Geschäftsstelle, Zeitpreis 10, auch von anderer Seite nach allen Vorschriften angenommen.

Amaliches Verändlungsblatt für die Stadt Deuchern.

Nr 95

Dienstag, den 15. August 1922.

61. Jahrgang

Es eilt.

Es eilt nachdrücklich doch, daß sich die Entente zu einem definitiven neuen Abkommen über die deutschen Reparationsabgaben einigt, die in der Höhe von 132 Goldmilliarden, wie sie im Mai 1921 in London festgelegt wurden, nicht zu erfüllen sind. Und zwar liegt das eben so sehr im Interesse der Ententestaaten, wie in dem Deutschlands. Ein Protokoll hilft gar nichts. Dreizehn Konferenzen haben seit Versailles stattgefunden, neue prinzipielle Details sind zu der Frage nicht mehr beizubringen. Wenn jetzt nicht bald eine endgültige Regelung kommt, fordern immer wieder neue Protokolle an die Stelle des Definitivums gesetzt werden, wie es nachweislich ist, so muß dieses schließlich zum Zusammenbruch führen, falls nicht die härtere Hand Amerikas doch noch eingreift.

Es ist der Welt noch nicht klar geworden, was die sich immer wiederholenden Verhandlungen einer erfüllbaren Entscheidung den Ententestaaten gefohrt haben. Am allergeringsten hat sich die Entente das klar gemacht, da der laute Kampf fortwährend um die französische Behauptung, „Deutschland kann und muß bezahlen“, tobt. Wieviel Deutschland bezahlen soll, ist bekanntlich im Verträge von Versailles nicht angegeben, man hat sich darüber im Frühling 1920 nicht einig in London können, und die Forderung hat erst 1921 in London stattgefunden. Aber durch diese Fälle im Versailles Verträge hat Frankreich Oberwasser bekommen, und diese Stellung nicht es gegen Deutschland, wie gegen seine eigenen Freunde aus. Kurzfristig, aber hartnäckig!

Man bedenke nur, welche Zusammenstöße seit dem Eintritt der gleichberechtigten Schwindsucht der Reichsmark, die die Folge der Reparationspolitik der Entente ist, von dem Deutschen Reich haben ausgehen werden müssen. Ein Dutzend Milliarden an Steuern und an Papiergeld reichte sich an das andere, unter Banknotendruck ist schon auf über 200 Milliarden Mark hinaus. Die sehr hohen Kaufsummen für Lebensmittel haben die Gehälter und Löhne, die Preise für Rohmaterialien, die Preise der industriellen Produkte und der gewerblichen Arbeiten erhöht. Ein jeder großer Teil dieser Ausgaben hätte erbracht werden können, wenn der deutsche Kredit in der Entente gelohnt worden wäre und die Mark einen höheren Kurs erhalten hätte. Das dann ungedruckt gebliebene Papiergeld wäre dem deutschen Nationalvermögen zugute gekommen, ebenso die vermiedenen Zinsen für Staat, Porto und. Alles dieses Geld hätten wir in die Hände der Entente abführen können, und in jedem Falle wäre unsere Stellung in der Welt und auf dem Weltmarkt eine andere geblieben, als sie es heute ist.

Daß es nicht so bleiben kann, wie es heute ist, sieht ein Kinder, wir können nicht dahin kommen, daß in Deutschland ein Paar Stiefel durch die Geldnoten an deutschen Schickel alles egal ist außer unseren Beschlüssen, ist es nicht getan, denn je länger die Schulden uns unvermindert brücken, umso ärger wird es mit unseren wirtschaftlichen und finanziellen Zielen.

Es wird eilig mit der Schaffung einer endgültigen Entscheidung, wenn sie nicht zu spät kommen soll. Bleibt die dauernde Geldnotstand aus, wird die Lage gar durch Besuche nach Poincaré Muster noch erschwerter, denn Lloyd George wieder umfällt, dann ist auch an keine Abnahme der Leuerung und an kein Ende der Papiergelddruckerei zu denken. Dann ist es aber auch mit der Leistung zu Ende.

Zahlungsaußschuß für Deutschland.

Lloyd Georges Gegenanschläge.

Am Freitag und Samstag wurden in London die Verhandlungen „hinter den Kulissen“ eifrig fortgesetzt. Lloyd George hat in privaten Unterredungen mit Poincaré und Demis einen englischen Gegenbericht vorgelegt, der folgende zehn Punkte enthält:

1. Autonomie der Reichsbank.
2. Maßnahmen der Garantiekommision für die Konsolidierung der inwärtigen Schuld Deutschlands.
3. Abgabe von 26 Prozent der Zinsen-Einnahmen des deutschen Reiches an die Reparationskommission.
4. Wegnahme der deutschen Zolleinnahmen für die Reparationskommission. Die Einnahmen aus 3 und 4 bleiben aber für die Dauer des Moratoriums zur Verfügung Deutschlands.
5. Wegen die direkte Übertragung dieser Einnahmen an die Reparationskommission, wird Frankreich.
6. Kontrolle der deutschen Einnahmen und Ausgaben durch die Garantiekommision.
7. Gegenüber gegen die Kapitallast.
8. Kontrolle der finanziellen Vermögenswerte und Fortschrittsarbeiten auf dem linken Rheinufer.
9. Maßnahmen der Garantiekommision für die Stabilisierung des Marktkurses.

10. Gewährung eines vollständigen Moratoriums bis zum Ende des Jahres. Die Reparationskommission wird alsbald die Bedingungen für die Parastellungen Verhandlungen sollen aus den abzuführenden 26 Prozent der Exporterlösen erfolgen, diesen daher niemals höher sein als die Summe dieser Exporterlöseabgabe.

Über einen großen Teil dieser englischen Gegenanschläge soll bereits eine prinzipielle Einigung unter den Ministerpräsidenten erzielt worden sein, so daß man jetzt glaubt, daß es auf dieser Grundlage zu einer Verständigung kommen wird. Die Vorschläge sind von den Ministerpräsidenten wieder dem Sachverständigenausschuß übergeben, der Freitag und Samstag über sie berät. Entschieden ist die für Freitag angelegte Besichtigung der Konferenz aus.

Ein neuer Anschlag.

schon auf der Grundlage der Lloyd Georgeschen Kompromissvorschläge ausgearbeitet werden, da ohne eine internationale Anleihe eine Lösung des Reparationsproblems unmöglich ist. Inwiefern im Zusammenhang hiermit nicht die Pariser Meldung, daß die Reparationskommission beschlossen hat, den internationalen Bankeratskongress zu einem neuen Zusammentritt in Paris am 15. September aufzufordern.



Das ist die am 1. Oktober in Kraft treten soll. Danach soll ab 1. Oktober der Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gr. 4 M., über 20 bis 100 Gr. 4 M., über 100 bis 250 Gr. 6 M. kosten, im Fernverkehr bis zu 20 Gr. 6 M., über 20 bis 100 Gr. 7 M., über 100 bis 250 Gr. 8 M.

Für Postkarten ist im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 M., im Fernverkehr von 4 M. vorgesehen.

Für Pakete bis zu 5 kg. kommen 12 M. Porto, 10 Pf. in der Postzone in Frage, für die Personen 24 Pf. bis 1000 Pf. 7 M. 10 Pf. Entschädigung erhöhen sich die Gebühren für Pakete. Für die Fernverkehr bis zu 1000 Pf. sind auf 2,50 M. bis 1000 Pf. auf 3 M. erhöht. Als Mindestgebühr für beratige Sendungen sind 4 M. in Aussicht genommen.

Postanweisungen bis zu 100 M. kosten 4 M., über 100 M. bis 250 M. 5 M., über 250 M. bis 1000 M. 7 M. 10 Pf. Entschädigung erhöhen sich die Gebühren für Zahlnoten.

Am Telegraphenverkehr soll die Höchstgebühr auf 400 Pf. angehoben werden.

Zur Beratung der neuen Gebührenordnung hat der Reichspostminister den Reichsminister für Montag, den 4. September, einberufen.

Die Scheidemann-Intendanten geständig.

Der Klausurenanschlag im Walde.

Von der Kasseler Oberlandesbankwirtschaft wird mitgeteilt, daß der Anschlag auf den Oberbürgermeister

Scheidemann nunmehr völlig aufgeklärt ist. Die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft gefolgten Untersuchungen des Herrn und des H. Scheidemann haben gegenüber den Beamten der Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach haben beide die Tat nach vorheriger Vereinbarung gemeinsam ausgeführt. Als sie am Freitagmorgen nachmittag den Oberbürgermeister in die Straßenbahn setzen lassen, sind sie ihm gefolgt und während des ganzen Weges von Wilhelmshöhe durch den Wald hinter ihm hergegangen.

Der H. Scheidemann trug in einem Blechbehälter die Klausurenbriefe. Außerdem führten sie eine Mehrzahl von Briefen mit sich. Auf dem einseitigen Weg nach Wilhelmshöhe hielt der H. Scheidemann den Zeitpunkt zur Ausführung der Tat fest genommen und übergab die Briefe dem H. Scheidemann in den Worten „nun mach' es“. Dieser hat dann in der bekannten Weise dem Oberbürgermeister die Klausuren ins Gesicht gespritzt. Der H. Scheidemann ist in unmittelbarer Nähe auf. Als er den Oberbürgermeister fallen sah, hielt er ihn für erledigt und ergiff wie H. Scheidemann die Flucht.

Über die Herkunft der Klausuren beweisen beide jede Unschuld. Sie bestritten entschieden, in Kassel Mithras gehabt zu haben.

Deutsches Reich.

den 14. August 1922.

Die Feten des 11. August sind überall im Reich ruhig und ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. In Berlin fand eine offizielle Festfeier im Reichstag und am Abend eine Kundgebung der republikanischen Parteien in Lustgarten mit anschließendem Festzug statt. Auch in den anderen Städten des Reiches fanden kurze offizielle Feste und ruhige Demonstrationen der republikanischen Parteien statt. In Breslau wurde die Verfassungsfeier mit der Eröffnung der Herbst-Sammung-Gesitzte verbunden. Reichsminister Harding hat anlässlich des Verfassungstages der deutschen Republik ein Glückwunschsgramm geschickt, das vom Reichspräsidenten beantwortet wurde.

Das deutsche Rheinland. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Rheinischen Volkszeitung“ führte der Reichsminister u. a. aus: „Was uns noch beunruhigt, wissen wir nicht. Was aber auch kommen mag, eins ist immer Ziel unserer Politik und Hauptbewegung auch für das Schwerkste gewesen, was wir auf uns genommen haben. Der Gedanke an die Einheit des Reiches, an die Leben und Befolgen der Grenzbevölkerung und insbesondere des Rheinlandes. Wir und immer werden wir die Interessen des Rheinlandes im Blick lassen. Mit keinem Wort, mit keinem Gedanken ist von der Reichsregierung jemals die Preisgabe rheinländischer Interessen erwohnen worden. (Ein einziges Band der Liebe und Treue verbindet die deutschen Stämme des Rheins und Rheinlands mit dem Rhein und an der Mosel. Hierin gibt es kein Wanken und Wanken, welche Maßnahmen auch immer ausgeführt werden müssen, um den einen oder anderen Teil der deutschen Bevölkerung zu treffen.“

Die Anweisungen „ohne Zwischenfall“ verlesen.

Man meldet aus Straßburg, die Ausweisungen der Deutschen auf Grund des Dekrets des Generalkommissars sind ohne Zwischenfall verlaufen. Es handelt sich bei den Ausweisungen, wie jetzt bekannt wird, besonders um zahlreiche Geschäfte aus der Gegend von Straßburg, darunter Großhandelsfirmen, die bisher ihren Sitz in Straßburg gehabt haben. Eine vollständige Liste der ausgewiesenen Personen ist bis jetzt noch nicht bekannt und nicht veröffentlicht worden.

Das rheinländische Dekret.

Wiener Meldungen bestätigen, daß die rheinländische Mitteilung an die Londoner Konferenz einen Hinweis darauf enthält, daß im Falle der Bewilligung von Krediten die österreichische Regierung ihre Macht der Entente übergeben werde. Diese Mitteilung soll jedoch nicht in Form einer offiziellen Note, sondern durch den Londoner Gesandten mündlich erfolgen.

Gegen die Heranziehung der Schuldlosen.

London, 13. August. In Konferenzen wurde neuerlich der Gedanke angeregt, das Einberufen zwischen den Alliierten dadurch herzustellen, daß man das Problem der interalliierten Schuld auf eine neue Art aufgreift und eine Art Kompensation für die Vermeidung der Schuldlosen schafft. Die Engländer wenden sich aber gegen eine derartige Anwendung, die namentlich von Italien bestritten wird, und erklären, daß das Problem der Nullifizierung der interalliierten Schulden ohne Teilnahme der amerikanischen Regierung nicht beachtet werden könne. Dies mußte erst abwarten, welche Ergebnisse die Mission Sir Robert Hornes haben werde. Auch die französische Abordnung wünscht im Augenblick nicht, daß das Problem der interalliierten Schulden sehr ausgegraben werde, nachdem Poincaré infolge der letzten Rolle Lord Balfours gebunden war, den Plan, den drei Stunden fallen zu lassen und einen neuen Plan vorzulegen.